



Ressort 2
Frauen- und Gleichstellungspolitik

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

ver.di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

Frau
Dr. Ursula von der Leyen
Bundesministerin f. Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Alexanderstr. 3

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Hannelore Buls
Bereichsleiterin

10178 Berlin

Telefon: 030 6956 0
Durchwahl: 1150
Telefax: 3080

hannelore.buls@verdi.de
www.verdi.de

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

26. Juni 2009

hb

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen,

seit Wochen stehen die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in harten Auseinandersetzungen mit den Arbeitgeberverbänden um Gesundheitsschutz und mehr Anerkennung sowie bessere Bezahlung ihrer Tätigkeiten.

Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, wie Sie in Ihrer Rede auf der ver.di-Kundgebung am 15. Juni 2009 in Köln die Anliegen der Beschäftigten geteilt und für die tarifliche Umsetzung ihrer Forderungen geworben haben. Sicherlich ist Ihnen nicht entgangen, dass die weiteren Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mussten, da die Arbeitgeber keine Bereitschaft zeigten, den Forderungen nach Gesundheitsschutz und Aufwertung entgegen zu kommen.

Im Gegenteil: Das **Angebot der Arbeitgeber zur Gesundheitsförderung ist nicht einmal so weitreichend wie die ohnehin bestehende Gesetzeslage**. In Sachen **Eingruppierung** sieht das Angebot lediglich ein Nachholen der Entwicklung vor, die die Beschäftigten nach dem früheren Bundesangestellten-Tarifvertrag BAT – nach ebenfalls langen Tarifaueinandersetzungen – schon hinter sich haben. Die von den Arbeitgebern so genannten Zuwächse betreffen demnach nur die Beschäftigten, die nach dem Überleitungs-Tarifvertrag TVÜ in Entgeltgruppe 6 eingruppiert sind (so genannte „Normal-Erzieher/innen“) – lediglich 20 Prozent der Beschäftigten. Dabei haben die Arbeitgeber durch Verzögerung der Eingruppierungsverhandlungen, die bereits 2007 abgeschlossen sein sollten, das Entgeltniveau abgesenkt, so dass das jetzige Angebot lediglich eine **Wiederherstellung des alten BAT-Niveaus** wäre. Das ist keine Aufwertung, das ist Augenwischerei! Über die anderen Tätigkeitsfelder wollen die Arbeitgeber erst gar nicht verhandeln.

Das konnte ver.di nicht akzeptieren.

ver.di ist jedoch weiter verhandlungs-, aber auch streikbereit, denn die Beschäftigten werden nicht zulassen, dass die offensichtliche Taktik der Arbeitgeberseite aufgeht, auf eine nachlassende Streikbereitschaft und schwindende Unterstützung der Öffentlichkeit zu setzen.

Sie können sie – die rund 220.000 Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste – dabei unterstützen. Lassen Sie Ihrer Rede Taten folgen. Auch Ihre Parteikolleginnen und -kollegen sind Bürgermeister/innen und Landräte, sitzen in den Vorständen der Kommunalen Arbeitgebervereinigungen (KAV) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA).

Überzeugen Sie sie von Ihrer Meinung! Werben Sie mit Nachdruck und öffentlichkeitswirksam für die berechtigten Anliegen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst! Sie wissen, dass es Bildung und qualifiziertes Personal nicht zum Nulltarif gibt. Kämpfen Sie mit uns!

Mit freundlichen Grüßen,



Barbara Henke
Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrates

Hannelore Buls
ver.di Bundesverwaltung
Bereichsleiterin Frauen- und
Gleichstellungspolitik

gez. Margaretha Müller und Ute Maier
Stellvertretende Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrates